

Arbeitsgespräch mit Almuth Hartwig-Tiedt am 23.07.2013 in Potsdam

Der Einladung zu einem Arbeitsgespräch durch die Staatssekretärin Almuth Hartwig-Tiedt im Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz am 23.07.2013 in Potsdam folgte der Vorstand des Verbandes der Lebensmittelkontrolleure Berlin-Brandenburg e.V. , vertreten durch Jana Weiser, Bernd Sternberg und Diana Born, sehr gerne.

Bernhard Remde, Leiter der Abteilung Verbraucherschutz, und Cerstin Hennig waren bei diesem Gespräch ebenfalls anwesend.

Im ersten Gesprächspunkt ging es um die Situation Landeslabor Berlin-Brandenburg. Angesprochen wurden die langen Bearbeitungszeiten der Proben, der Informationsfluss bei Vorbefunden, die Datenübermittlung von Befunden über Balvi iP und die teilweise nicht befriedigende Kommunikation mit den Mitarbeitern .

Schwierig ist es Referenten für die durch den Landesverband der Lebensmittelkontrolleure Berlin-Brandenburg e.V. organisierten Fortbildungen zu gewinnen. Bis auf einzelne Ausnahmen fehlt hier die Bereitschaft seitens der Mitarbeiter des Landeslabors Berlin-Brandenburg. Bei der Zusammenarbeit auf dieser Ebene profitieren beide Seiten, wie die Praxis gezeigt hat.

Weiterhin ein Thema auf der Bundesebene ist das Kontrollbarometer. Schwierig ist hier die bundeseinheitliche Umsetzung. Momentan beruht die Erstellung auf der Risikobeurteilung des jeweiligen Bundeslandes. Die Arbeitsgruppe des Bundes arbeitet an einem transparenteren und rechtsicheren Modell.

In diesem Zusammenhang und im Hinblick auf die Transparenz mancher Siegel berichtete Bernd Sternberg über die Praxis zur Verleihung der „Brandenburger Gastlichkeit“ (eine Qualitäts- und Marketinginitiative der DEHOGA) an. Hier sind in der Kommission keine Personen der amtlichen Lebensmittelüberwachung vertreten, wobei auch die Lebensmittelhygiene im Rahmen der Bewertung einen Stellenwert haben sollte.

Zur Einschätzung der Kontrollsituation im Land Brandenburg gibt es momentan keine großen Defizite.

Eine Verabschiedung der Lebensmittelkontrollpersonal -Verordnung ist noch nicht in Sicht. Hier erfolgen weitere Gespräche der einzelnen Länder auf Bundesebene, auch die Novellierung der EG-VO 882/ 2004 ist abzuwarten.

Durch den Vorstand wurde die eingeschränkte fachliche Anleitung im Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz in der Abteilung Verbraucherschutz angesprochen. Eine für alle akzeptable Lösung wird angestrebt.

Diana Born